

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Kein Weiter-so: Eltern, Lehrer und Schüler verdienen endlich eine zeitgemäße Senats-Strategie zur sicheren Schule trotz Coronawelle

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für die Berliner Schulen klare, verbindliche und nachvollziehbare politische Vorgaben zum Coronaschutz (Testung für Alle, Quarantäne, Schutzmaßnahmen) zu erlassen und diese vor Inkrafttreten politisch im zuständigen Fachausschuss (Bildung, Jugend und Familie) des Berliner Abgeordnetenhauses zu besprechen.

Der Senat muss eine der aktuellen Pandemielage angepasste Strategie vorlegen; er darf Eltern, Lehrer und Schüler nicht länger im Regen stehen lassen. Gemeinsames Ziel muss sein: So viel Einschränkungen und Maßnahmen wie nötig, so viel Schule wie möglich.

Der bisherige Stufenplan für Schulen ist aus der Zeit gefallen und dringend überarbeitungswürdig. Er spiegelt nicht die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehens wider. Einzelne Fächer, insbesondere Wahlpflicht, können aufgelöst sowie tägliche Testungen der gesamten Schulgemeinschaft (auch Schulpersonal) und FFP2-Masken angeboten werden. Schulleitungen müssen eigenverantwortlich nach Lage und gemäß klarer Kriterien entscheiden können.

Das Aussetzen der Präsenzpflcht für die kommenden Wochen muss genutzt werden, um die Strukturen zu schaffen, damit alle Schülerinnen und Schüler wieder regulär am Unterricht teilnehmen können. Dazu gehören ausreichend Testkapazitäten für tägliches Testen bis zum Ende des Schuljahres, ausreichend Schutzmasken, die den Schulen zur Verfügung gestellt werden, Entschlackungen der Studentafel, um gemischte Unterrichtsgruppen zu vermeiden und die

Bereitstellung von ausreichend Raumluftfiltergeräten. Parallel dazu müssen weiterhin niedrigschwellige Impfangebote intensiviert werden. Ebenso sollten die kommenden Wochen genutzt werden, um möglichst viele Schulen weiter zu befähigen, ihren Hybrid- und/oder Distanzunterricht qualifiziert zu erteilen.

Ein Aussetzen der Präsenzpflcht kann und darf nur ein letztes Mittel sein. Weitere Lernlücken sowie psychisch und gesundheitliche Folgen für Schülerinnen und Schüler durch den Wegfall gewohnter Tagesstrukturen gilt es zu vermeiden.

Begründung:

Am Donnerstag, den 20.01.2022, erreichte die Mitglieder des Bildungsausschusses nach Ende der Sitzung ein Brandbrief von 11 Bezirkseleiternausschüssen. Diese kritisieren stark das bisherige Vorgehen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Insbesondere die bisher getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie an Schulen und Kitas aber auch zum Schutz der Schülerinnen und Schüler stehen dabei im Mittelpunkt der Anklage. Zusätzlich wird die mangelhafte bis gar nicht stattfindende Kommunikation der Senatsverwaltung gegenüber den Eltern beklagt.

Insgesamt ist der Brandbrief ein Zeugnis von fehlendem Vertrauen der Eltern in die politischen Entscheidungsträger im Senat, aber auch von Angst, Skepsis und zunehmendem Unverständnis.

Zusätzlich sorgte die von den Gesundheitsämtern am Wochenende veröffentlichte Stellungnahme, ab sofort keine Kontaktnachverfolgung in Schulen und Kitas mehr zu betreiben, für sehr viel Unverständnis und Verwirrung unter den Bürgern und insbesondere den Eltern. Da war es auch nicht hilfreich, dass sich die Senatsmitglieder in den digitalen Medien den schwarzen Peter gegenseitig zuschoben und sich am Ende des Tages auch nicht einig waren.

In der Aktualität, des Brandbriefes, den mangelnden Antworten und der fehlenden Einstimmigkeit in den Senatsverwaltungen ist die Dringlichkeit einer angepassten Coronaschutz-Strategie formal und inhaltlich begründet. Eltern, Lehrer und Schüler dürfen im neuen Schuljahr nicht weiter im Regen stehengelassen werden.

Berlin, 25. Januar 2022

Wegner Günther-Wünsch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU